

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. jur. D. Hammann.

VIII. Jahrgang.

Berlin, Freitag, den 6. Dezember 1889.

N^o 96.

Die Erneuerung des Cartells.

Die drei nationalen Parteien, die sich zum ersten Mal zu gemeinsamem Vorgehen bei den Reichstagswahlen im Januar 1887 zusammenschlossen, haben soeben für die bevorstehenden Wahlen ihr Cartell erneuert. War es damals ausgesprochener Zweck, das durch die Opposition in Frage gestellte Septennat zu retten, so wird in der jetzigen gemeinsamen Erklärung in erster Linie die „Aufrechterhaltung des Besitzstandes“ empfohlen.

Es liegt auf der Hand, daß mit dieser Empfehlung nicht ein Zweck selbst, sondern nur ein Mittel zu einem höheren Zweck gegeben ist. In der oppositionellen Presse hat man an die „Aufrechterhaltung des Besitzstandes“ Glossen über die angebliche Angst der Cartellparteien, aus ihrem Besitzstande verdrängt zu werden, geknüpft, und man stellt es so dar, als ob auf dieser Seite nichts Anderes treibende Kraft habe, als der Gedanke der Selbsterhaltung. Das ist offenbar im höchsten Grade verkehrt. Wenn jemals Parteien, trotz ihres Unterschieds, sich gemeinsam von höheren idealen Zielen haben leiten lassen, so ist dies gerade jetzt der Fall, wo ein so greifbares Objekt, wie es vor drei Jahren des Septennats war, nicht vorhanden ist. Die Hingabe an Kaiser und Reich, das Eintreten für die bisherigen Wege der staatlichen Entwicklung haben sie in den letzten Jahren stets zusammengeführt, wo es galt, die Interessen des Vaterlandes wirksam zu fördern. Aus dieser gemeinsamen Arbeit ist die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit auch ferneren gemeinsamen Zusammengehens erwachsen, und wenn sie jetzt das Cartell „zur Aufrechterhaltung des Besitzstandes“ erneuert haben, so legen sie damit Bekenntniß ab von der Nothwendigkeit, auch ferner bei den Wahlen für die Güter einzutreten, für welche sie im Reichstage Schulter an Schulter gekämpft haben. Daß das gemeinsame Ziel nur erreicht werden kann, wenn es den Parteien gelingt, ihren Besitzstand zu bewahren, liegt auf der Hand.

Die Erneuerung des Cartells wird im Lande um so freudiger begrüßt werden, als darin eine schöne Harmonie mit den Ueberzeugungen und Auffassungen zu Tage tritt, welche vor zwei Monaten (am 2. Oktober) von Allerhöchster Stelle durch den „Reichsanzeiger“ kundgegeben worden. Dort hieß es, der Kaiser sehe in der Verständigung und gegenseitigen Schonung der staats-erhaltenden Parteien untereinander eine für unser parlamentarisches Leben sachlich nützliche Einrichtung, und speciell in dem Cartell erblicke der Kaiser einen den Grundsätzen seiner Regierung entsprechende politische Gestaltung. Wie diese Ueberzeugungen unseres Kaisers auf der Beobachtung von dem fruchtbringenden Zusammenwirken der drei Parteien beruhen, so haben diese Parteien ihrerseits aus der Vergangenheit auch nur die ganz selbstverständlichen Consequenzen gezogen. Die innere Wahrheit der wirklichen Verhältnisse hat sich Bahn gebrochen und sie wird auch den Sieg erringen.

Wie man weiß, hat es an Versuchen, das Cartell zu hinter- treiben, nicht gefehlt. Nicht nur, daß die gemeinsamen Gegner alle ihre Anstrengungen auch jetzt noch darauf richten, es zu sprengen und zu vernichten, es haben auch Elemente, welche sich zum Cartell gehörig betrachten, daran gearbeitet, seine Fortsetzung und Erneuerung unmöglich zu machen. Aber diese Elemente waren doch nur Zeitungen, welche Politik auf eigene Faust trieben, und noch heute kann man die Beobachtung machen, daß einzelne Zeitungen sich bemühen, dem Cartell Deutungen und Bedingungen unterzulegen, welche, wenn sie wirklich etwas zu bedeuten hätten, die Gefahr ernstster Verwickelung in sich enthielten. Alle diese Preß- künge aber erblaffen vor der gemeinsamen Erklärung der drei Parteivorstände, welche zugleich den schlagendsten Beweis dafür liefert, daß jenen Preßstreitigkeiten keine Bedeutung beigemohnt hat. Aber sie wird hoffentlich auch davor warnen, fernere Zeitungs-

erörterungen, welche an dem Cartell herumzumäkeln sich bemühen, zu überschätzen. Für die Wähler darf fortan die Einigkeit der drei nationalen Parteien in allen großen Hauptfragen unumstößlich feststehen und ebenso die Gewißheit, daß sich allein auf dieser Grundlage ein fruchtbringendes Zusammenwirken des Parlaments mit der Regierung unseres Kaisers ermöglichen lassen wird.

Die Debatten über die Bewegung unter den Bergleuten.

Der freisinnige Antrag über die Abkehrscheine der Bergarbeiter hat am Mittwoch und Donnerstag Gelegenheit zu einer langen Debatte im Reichstage über die Bewegung der Bergleute, namentlich in Rheinland-Westfalen, gegeben. Mit dem großentheils gegenstands- losen Antrag selbst wäre der Reichstag rasch fertig geworden, allein die neueren Besorgniß erregenden Nachrichten aus dem rheinisch-westfälischen Kohlenrevier gaben den Anstoß zu Ausein- setzungen über die Ursachen und Wirkungen des großen Kohlenstrikes. Es haben in der letzten Zeit eine Reihe von Versammlungen der Bergleute stattgefunden, in denen sich eine außerordentlich erregte Stimmung kund gab. Die Arbeiter treten mit großer Lebhaftigkeit für ihre „gemäßregelten“ Genossen ein, d. h. für solche Arbeiter, welche die Abkehr erhalten haben und nun auf keiner Zeche — nach einem Uebereinkommen der Zechenverwaltungen — Unterkunft finden. Die Letzteren behaupten, daß die Abkehr dieser Leute — etwa 15—20 im Essener Bezirk — wegen Unbotmäßigkeit und dergleichen, begangen nach der Beendigung des Strikes, erfolgt sei und im Interesse der Disciplin nicht zurückgenommen werden könne. In den zur Besprechung dieser Differenzen berufenen Versamm- lungen traten nach den Berichten der Blätter gerade die von der Sperre betroffenen Arbeiter dafür ein, daß nicht sofort die Nieder- legung der Arbeit beschlossen wurde. Auf einer Versammlung in Essen einigten sich die Bergarbeiter dahin, daß zunächst ein Siebenerausschuß mit einer Commission der Zechenvertreter wegen gänzlicher Aufhebung der Sperre verhandeln solle. Würde keine Einigung erzielt, so solle in einer neuen Versammlung am 8. De- cember der entscheidende Beschluß gefaßt werden. Wie es scheint, haben sich aber die Differenzen noch verschärft, da ein Theil der Zechen es ablehnt, mit allgemeinen Arbeitercommissionen auf dem Fuße der Gleichberechtigung zu verhandeln. Ein Zeichen für den Ernst der Frage liegt auch in der Meldung, daß verschiedene Zechen anfangen, die geförderten Kohlen trotz der übergroßen Nachfrage zu „stürzen“, d. h. auf eigenem Lager zu halten, um im Strike- falle für den eigenen Bedarf gesichert zu sein.

Diejenigen Elemente, denen die Rücksicht auf Wahlen, die Agitation, über Alles geht, sind natürlich leicht bereit, Momente solcher Massenerregung zu Parteigewinnen auszunutzen, statt mit Unparteilichkeit auf die Befestigung des Einvernehmens zwischen Arbeitgebern und Arbeitern hinzuwirken. Von diesem höchst ver- werflichen Gesichtspunkt aus haben denn auch Vertreter der Demo- kratie aller Schattirungen, der bürgerlichen, klerikalen und socialisti- schen, der Situation im Reichstage gerecht zu werden gesucht. Man hörte da Aufreizungen gegen die Grubenbesitzer, ungerechte Vertheidigungen der kleinen ultramontanen Presse, die während und nach dem Strike sehr viel gesündigt hat, Anklagen gegen die Regierungen wegen Lässigkeit, die ganz willkürlich waren, und keiner dieser Redner schien ein Gefühl der großen Verantwortlichkeit dafür zu haben, einseitig in einer die weitesten Interessen berührenden Angelegenheit Partei zu ergreifen und so die Gefahr einer neuen Strikekalamität zu steigern. Viel verständiger und unbefangener war hiergegen der Standpunkt eines Grubenbesitzers, des Ab- geordneten Hammacher, welcher einerseits für die Tüchtigkeit seiner rheinisch-westfälischen Collegen eintrat, andererseits aber